



## **Bericht**

der Landesregierung

### **EU-Verfassung**

Drucksache 15/596

**Federführend ist das Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa**

## A. Aktueller Stand der Zustimmung/Ablehnung zur EU-Verfassung in den einzelnen Mitgliedstaaten

Die nachfolgende Tabelle gibt zunächst wieder, welche EU-Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag ratifiziert haben, benennt dann diejenigen, in denen der Verfassungsvertrag abgelehnt wurde und zählt abschließend die Staaten auf, in denen der Ratifikationsprozess ausgesetzt wurde bzw. gerade läuft.

### Übersicht Ratifikationsverfahren zum Verfassungsvertrag in den EU Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Ausgang des Verfahrens
Litauen	Parlament hat am <b>11. November 2004</b> zugestimmt. Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Ungarn	Parlament hat am <b>20. Dezember 2004</b> zugestimmt. Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Slowenien	Parlament hat am <b>1. Februar 2005</b> zugestimmt. Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Italien	<b>Abgeordnetenhaus</b> hat am <b>25. Januar 2005</b> zugestimmt, <b>Senat</b> am <b>6. April 2005</b> . Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Griechenland	Parlament hat am <b>19. April 2005</b> zugestimmt. Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Slowakei	Parlament hat am <b>11. Mai 2005</b> zugestimmt. <b>Verfassungsklage</b> anhängig.
Spanien	<b>Bevölkerung</b> hat am <b>20. Februar 2005</b> zugestimmt, <b>Abgeordnetenhaus</b> am <b>28. April 2005</b> , <b>Senat</b> am <b>18. Mai 2005</b> . Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Österreich	<b>Nationalrat</b> hat am <b>11. Mai 2005</b> zugestimmt, <b>Bundesrat</b> am <b>25. Mai 2005</b> . Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Deutschland	<b>Bundestag</b> hat am <b>12. Mai 2005</b> zugestimmt, <b>Bundesrat</b> am <b>27. Mai 2005</b> . <b>Verfassungsklage</b> anhängig.
Lettland	Parlament hat am <b>2. Juni 2005</b> zugestimmt. Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Zypern	Parlament hat am <b>30. Juni 2005</b> zugestimmt. Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Malta	Parlament hat am <b>6. Juli 2005</b> zugestimmt. Urkunde <b>hinterlegt</b> .
Luxemburg	<b>Bevölkerung</b> hat <b>Verfassungsvertrag</b> in <b>Referendum</b> am <b>10. Juli 2005</b> zugestimmt. Parlament hat am <b>25. Oktober 2005</b> zugestimmt.
Belgien	<b>Senat</b> hat am <b>28. April 2005</b> , <b>Föderalparlament</b> am <b>19. Mai 2005</b> zugestimmt. Als <b>letztes</b> der <b>sieben Regionalparlamente</b> hat das <b>flämische</b> am <b>8. Februar 2006</b> zugestimmt.
Frankreich	<b>Bevölkerung</b> hat <b>Verfassungsvertrag</b> in einem <b>fakultativen Referendum</b> am <b>29. Mai 2005</b> <b>abgelehnt</b> .
Niederlande	<b>Bevölkerung</b> hat <b>Verfassungsvertrag</b> in einem <b>konsultativen Referendum</b> am <b>1. Juni 2005</b> <b>abgelehnt</b> .

Mitgliedstaat	Verfahren	voraussichtlicher Zeitpunkt
<b>Irland</b>	Referendum	<b>Aufschub</b> erklärt.
<b>Polen</b>	Referendum	<b>Aufschub</b> erklärt.
<b>Dänemark</b>	1) Einleitung des Referendums durch das Parlament 2) Referendum	<b>Aufschub</b> erklärt.
<b>Tschechien</b>	voraussichtlich Referendum	<b>Aufschub</b> erklärt.
<b>Portugal</b>	Referendum (bei Wahlbeteiligung über 50% bindend)	<b>Aufschub</b> erklärt.
<b>Vereinigtes Königreich</b>	1) parlamentarisches Zustimmungsverfahren 2) Referendum	<b>Aufschub</b> erklärt.
<b>Schweden</b>	Parlamentarisches Verfahren	<b>Aufschub</b> (bis nach Parlamentswahlen 2006)
<b>Finnland</b>	Parlamentarisches Verfahren	<b>Aufschub</b> erklärt, Votum des Parlaments für den EU-VV unterhalb der Ratifizierung für 2006 geplant.
<b>Estland</b>	Parlamentarisches Verfahren	<b>1. Lesung im Parlament</b> hat am 8. Februar 2006 stattgefunden

### 1. Anmerkungen zum Referendum in Frankreich

Über die Ablehnung einer erneuten Abstimmung über den VVE in einem zweiten Referendum herrscht, möglicherweise auch vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen in 2007, weitgehende Übereinstimmung. Insgesamt gehen jedoch unterschiedliche Signale im Hinblick auf die mögliche weitere Entwicklung von Frankreich aus. Während von Staatspräsident Chirac die Wiederbelebung des europäischen Projekts mit Hilfe von Pioniergruppen in die Diskussion eingeführt worden ist, hat Außenminister Douste-Blazy sich für die Kerneuropa-Idee ausgesprochen, Innenminister Sarkozy eine Politik der drei Etappen befürwortet, die im Kern ein Aufspalten des Vertrages zur Folge hätte. Darüber hinaus wird regelmäßig das „Europa der Projekte“ als zu bevorzugender Weg empfohlen. Aktuell wird von einigen französischen Parteien (Volksbewegungsunion [UMP] und Sozialisten) in den jeweiligen politischen Familien dafür geworben, die Teile I und II des Vertrages von Teil III differenziert zu behandeln, obwohl die Problematik eines solchen Vorgehens nicht bestritten wird.

Die Ursachen für das negative Votum im Referendum über den VVE sind vielfältiger Natur. Einerseits standen die sozialen Belange im Kontext der Globalisierungsdebatte, der ökonomisch liberale Charakter des VVE sowie die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie im Vordergrund. Andererseits spielte die Frage des Beitritts der Türkei, vorrangig im Parteienspektrum der parlamentarischen Rechten (Union für die französische Demokratie [UDF] und Volksbewegungsunion [UMP]) sowie bei den

Wählern mit Parteinähe zu rechtsextremen Parteien (insbesondere Nationale Front) neben dem ebenfalls thematisierten Komplex des Erhalts der Souveränität eine wesentliche Rolle. Hinzu kam die Unzufriedenheit mit der politischen Klasse im Allgemeinen und mit der Regierung unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin und mit Präsident Jacques Chirac im Besonderen. In der Debatte im Vorfeld des Referendums diskutierte die französische Bevölkerung eher innerpolitische Probleme als europäische Themen. So erlangten Themen wie die Verlagerung von Industrien in die neuen Mitgliedstaaten enorme Wichtigkeit durch die Veröffentlichung aktueller Ereignisse. Die ersten Analysen nach dem Referendum bezeichneten die Ablehnung als ein Resultat der Unzufriedenheit damit, wie Frankreich sich als Teil der EU verhält. Die Franzosen seien nicht glücklich über die bisherigen und zukünftigen Erweiterungen der EU, die als Gefahr für das französische Sozialsystem betrachtet werden, und beunruhigt über die marktwirtschaftlichen EU-Politiken.

Einerseits als Reaktion auf die differenzierte Lage bei den Referenden und die Kritik über das Vorgehen Frankreichs auf der europäischen Ebene, andererseits unter Berücksichtigung der bevorstehenden Präsidentschaftswahl ist auch das derzeitige Vorgehen Frankreichs auf der europäischen Ebene zu werten. Abschließende Positionierungen von französischer Seite sind in der kommenden Zeit kaum zu erwarten. Umfragen in Frankreich zeigen, dass die Bevölkerung durchaus mehr Europäische Integration in den bestehenden Politikfeldern wünscht, dass sie aber trotzdem starke Vorbehalte gegenüber den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der EU-Politiken hat. Im September 2005 antworteten 29% der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft Frankreich wohlhabender gemacht habe, während 43% dies bestritten. Allerdings geben die Befragten mehrheitlich an, dass sie mehr Integration in den Bereichen Forschung, Bildung, Außenpolitik, Umweltpolitik und Einwanderungspolitik bevorzugen, eine Europäische Armee unterstützen (76% Ja; 18% Nein) und von der Notwendigkeit eines EU-Außenministers überzeugt sind (64% Ja; 28% Nein).

## **2. Anmerkungen zum Referendum in den Niederlanden**

Die Aussage des Außenministers Bernard Bot von Anfang dieses Jahres, die Verfassung sei „tot“, ist von Seiten des Premierministers Balkenende mit dem Hinweis, dass es unrealistisch sei, den gleichen Text den Wählern noch einmal vorzulegen, indirekt bestätigt worden. Überdies äußerte der Premierminister die Auffassung, dass die Referenden in Großbritannien, Polen und Dänemark ebenfalls scheitern würden. Eine politische Initiative von Seiten der Regierung ist derzeit nicht vorgesehen, da eine über die in Auftrag gegebene und Ende April 2006 erwartete Studie über die Haltung der Niederländer zu Europa abgewartet werden soll.

Auch das negative Ergebnis des Referendums in den Niederlanden ist Ergebnis vielgestaltiger Gründe. Sie reichen von der Kritik an einem erheblichen Informationsdefizit der EU über die Überzeugungskraft der Gegner der Verfassung, deren Kampagne im Gegensatz zu den Befürwortern zeitlich und inhaltlich gut koordiniert war, die Sorge um den Verlust der nationalen Souveränität, ein Protestvotum gegen die Regierung Balkenende bis hin zu Marginalisierungsängsten gegenüber den größeren Staaten der Union und im Hinblick auf die Erweiterung. Ob der Ausgang des Referendums insgesamt als Absage der Wähler an die EU interpretiert werden kann, ist fraglich. Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen in den Niederlanden kann das Votum auch als gegen das gesamte niederländische politische Establishment gerich-

tet angesehen werden. Eine vom Europaminister angeregte breite öffentliche Debatte wurde nur vier Monate nach dem Referendum wieder verworfen, da sich die politischen Parteien sowie die Regierung und das Parlament nicht über deren Ausführung einigen konnten.

## **B. Die bisher erkennbare Entwicklung der Meinungsbildung zur EU-Verfassung in den Ländern, die noch nicht über die EU-Verfassung abgestimmt haben**

Methodische Vorbemerkung: Für die Erstellung der folgenden Berichtsteile wurden wissenschaftliche Ausarbeitungen, ergänzt durch aktualisierende Presseinformationen, herangezogen, wobei aufgrund der Vielzahl der Quellen darauf verzichtet wurde, die einzelnen Aussagen mit Fundstellen zu belegen. Hinsichtlich der Umfragen ist zu bemerken, dass teilweise nur ältere Umfragen oder sich widersprechende Umfrageergebnisse vorliegen, so dass eine Erwähnung nur partiell und auch nur erfolgt ist, um Tendenzen aufzuzeigen.

Im Einzelnen lässt sich folgender Sachstand zusammenfassen:

### **1. Dänemark**

Nach der Verschiebung des Termins für das Referendum im Gefolge des Ausgangs der französischen und niederländischen Referenden, ohne einen neuen Termin zu benennen, ist es in der dänischen Öffentlichkeit in den letzten Monaten um die Verfassungsfrage still geworden. Seitens des dänischen Ministerpräsidenten ist der Verfassungsvertragsentwurf (im Folgenden „VVE“) zwar nicht für „tot“ erklärt worden, das Plädoyer, ihn zunächst beiseite zu legen, ist jedoch in einem Interview Anfang dieses Jahres von der Tendenz her noch einmal bestätigt worden. In diesem Interview wurde sowohl die Präferenz deutlich, die Verabschiedung des VVE in seiner jetzigen Form nicht weiter zu verfolgen und stattdessen die institutionellen Änderungen vorzunehmen, die für die Zusammenarbeit mit demnächst 27 Mitgliedstaaten notwendig seien, als auch die Ablehnung, einzelne Passagen aus dem Vertrag herauszulösen. Im Gegensatz zur Konservativen Volkspartei lehnt die die Minderheitsregierung stützende Dänische Volkspartei den VVE ab, wobei sie den sich damit angeblich automatisch ergebenden Beitritt der Türkei zur Begründung ihrer Haltung heranzieht. Neben den Sozialdemokraten, die zögern, die Situation als Krise von historischer Bedeutung zu bezeichnen, existieren eine Reihe von Parteien und Bürgerbewegungen, die sich gegen den VVE aussprechen.

Da die Einbeziehung der Bürger in EU-Angelegenheiten in Dänemark als besonders wichtig angesehen wird, hat das Parlament beschlossen, 14 Millionen DDK (umgerechnet ca. 1,8 Millionen Euro) für die Phase der Reflexion zur Verfügung zu stellen. Unter der Koordinierung des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten haben das Parlament sowie dänische Nichtregierungsorganisationen einen finanziellen, thematischen und organisatorischen Rahmen für die Debatte erarbeitet. Der Fokus der Debatte liegt auf Fragen der grenzüberschreitenden Probleme, Kooperationsprobleme innerhalb der EU, der Zukunft Europas, der Bürgerbeteiligung und der geographischen Grenzen der EU. Die dänische Regierung will sich in der Debatte auf konkrete Probleme konzentrieren und die Diskussion von Paragraphen vermeiden.

## 2. Estland

Die erste Lesung des parlamentarischen Verfahrens zur Ratifikation hat am 8. Februar 2006 stattgefunden. Da das Parlament in seiner Mehrheit dem VVE positiv gegenüber steht, ist das Vorhaben realistisch, den Ratifikationsprozess noch vor der Sommerpause abzuschließen. Ob von dieser erneuten Ratifikation ein Signal für andere Staaten ausgehen wird, ihrerseits die Ratifikation voranzutreiben, bleibt abzuwarten.

Die Zurückhaltung, mit der die politischen Kreise den Prozess begleitet haben, ist darauf zurückzuführen, dass der Euroskeptizismus in Estland weit verbreitet ist. Zudem sind nur noch wenige Esten an der Diskussion komplizierter Verfassungsfragen interessiert, da sie die fehlgeschlagenen Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht als estnisches Problem betrachten. Darüber hinaus beherrscht in Estland auch Frustration über die alten Mitgliedstaaten die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung, da diese den neuen Mitgliedstaaten die Schuld an ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen gibt. Laut der Tageszeitung „Postimees“ sei die konstitutionelle Krise auf eine Kluft zwischen den Mitgliedstaaten (Großbritannien vs. Deutschland und Frankreich) und auf die Tendenz, nationale über gemeinsame Interessen zu stellen, zurückzuführen.

Trotz der Frustration über die derzeitige Lage glauben 42% der Befragten laut einer im September 2005 durchgeführten Umfrage, dass der Verfassungsvertrag im Interesse Estlands sei, während 21% dies verneinten. Der Vergleich mit früheren Umfragen im Juni 2005 zeigt, dass die Stimmung in der Bevölkerung sich in dieser Hinsicht kaum verändert hat. Die generelle Unterstützung der EU hingegen sank nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden von 71% (Mai 2005) auf 64% (Juli 2005), stieg im Herbst aber wieder auf 68% (September 2005).

## 3. Finnland

Angesichts der seit dem negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden erfolgten weiteren Ratifikationen (vgl. auch Entwicklung in Estland) ist nicht mehr auszuschließen, dass nun eine Ratifikation während der finnischen Ratspräsidentschaft erfolgen wird, wobei der Premierminister die Staaten, die bereits ratifiziert haben, aufgefordert hat, sich möglichen Änderungen des VVE nicht zu verschließen. Dem Parlament liegt derzeit ein Ende 2005 erstellter Regierungsbericht vor, zu dem es ein politisches Votum noch in der ersten Jahreshälfte 2006 abgeben soll. Von dieser Abstimmung, die Aufschluss über mögliche Mehrheiten geben würde, ist dann das weitere Vorgehen abhängig, das - trotz teilweise differierender Haltungen in der finnischen Regierung - sich auch bisher schon an der bestehenden Stimmungslage orientierte.

Seitens der Oppositionsparteien werden die Probleme der politischen Elite und das unzureichende Eingehen auf die Probleme der Bürger in den Vordergrund gestellt. So wird nach Ansicht der rechtsgerichteten Oppositionspartei Vaterlandsfreunde die politische Elite in Europa auf den Prüfstand gestellt. Für die Grünen und die Linke Allianz hingegen, die ebenfalls zur parlamentarischen Opposition gehören, zeigen die negativen Referenden, dass die EU-Bürger die Ziele der EU nicht als ihre eigenen Ziele anerkennen. Die größte Oppositionspartei, die Nationale Koalitionspartei, sieht die Ursache der Krise in dem Misserfolg der Politiker, die die Öffentlichkeit nicht von den Vorteilen der Verfassung überzeugen konnten. Nach der jüngsten Umfrage

von Eurobarometer hat sich die Zustimmung der Bevölkerung zum VVE negativ entwickelt. Zwar befürworteten 49% den VVE bei einer Ablehnung von 42%, ein Jahr zuvor lag die Zustimmung jedoch bei 58% und die Ablehnung bei 35%.

#### **4. Großbritannien**

Unabhängig von der britischen Haltung zum Charakter der EU verdeutlicht die Entscheidung für ein Referendum, dass auch hier innenpolitische Gründe eine wesentliche Rolle spielen. Die Entscheidung von Premierminister Blair für die Durchführung eines Referendums, das er 2003 noch abgelehnt hatte, war nicht zuletzt innenpolitischen Erwägungen geschuldet, insbesondere durch die Entscheidung, dass das Referendum gleichzeitig eine Abstimmung über die EU-Mitgliedschaft sei. Die den Volksentscheid aufgrund ihrer Fundamentalopposition zum VVE befürwortenden Konservativen wurden gezwungen, sich von den für den Austritt Großbritanniens aus der EU aussprechenden Parteien Unabhängigkeitspartei (UKIP) und Veritas abzugrenzen. Gegenüber den Liberaldemokraten, die als europafreundlich gelten und mit einem Referendum dem VVE mehr Legitimität verleihen wollen, wurde die Möglichkeit einer andauernden Kritik ausgeschlossen.

Aus Sicht der britischen Regierung kann der VVE in seiner jetzigen Form nicht wieder belebt werden. Er wird überdies als Hindernis für die als wichtiger angesehenen Wirtschafts- und Strukturreformen gewertet und insgesamt einem weniger intensiven Integrationsprozess entgegenstehend angesehen. Der Ansatz, das Referendum so lange wie möglich im Hinblick auf ein eventuelles vorzeitiges Scheitern hinaus zu zögern, hat sich mit dem Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden vorerst als erfolgreich erwiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass trotz der uneinheitlichen Daten von britischen Umfragen in der Bevölkerung von einer relativ breiten Ablehnung des VVE auszugehen ist.

Seit Juni 2005 hat es in Großbritannien kaum eine Diskussion um den Europäischen Verfassungsvertrag gegeben und nach Meinung der britischen Öffentlichkeit sollte die gesamte Episode einfach vergessen werden. Anstatt einen erneuten institutionellen Wandel in der EU herbeizuführen, sollte sich die EU laut der britischen Regierung besser darauf konzentrieren, was Europa gut machen kann. Diese Sichtweise zeigte sich auch während der Ratspräsidentschaft Großbritanniens, in der von britischer Seite keine nennenswerten Impulse zur Reflexionsphase ausgegangen sind.

#### **5. Irland**

Seitens des irischen Premierministers Ahern als auch von Seiten des Europaministers, wird sowohl ein Festhalten am VVE als auch eine Ablehnung einer Vorwegnahme einzelner Elemente vertreten. Dabei wird u.a. auch darauf verwiesen, dass der VVE ein Produkt der irischen Präsidentschaft sei, das die irischen Prioritäten erfolgreich verteidige. Für die Annahme des VVE sprechen sich nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die Partei Vereinigtes Irland (Fine Gael), als größte Oppositionspartei, und die Irische Arbeiterpartei aus. Sprachrohr der Gegner des VVE, zu denen auch die linksradikalen und kleineren Parteien gehören, ist die Partei „Wir selbst“ (Sinn Féin). Zentrale Argumente der Gegner sind zum einen die Bedrohung der Souveränität und Neutralität, zum anderen, dass der VVE ein neoliberales Gesellschaftsmodell beinhalte und die EU in einen „Superstaat“ verwandele.

Die Aussetzung des obligatorischen Referendums, vermutlich auf die Zeit nach den im Mai 2007 stattfindenden Parlamentswahlen, ist als Reaktion auf die nicht mehr

allgemein pro-europäische Haltung der Iren zu verstehen. Laut einer Umfrage der Irish Times wäre ein Referendum im Juni 2005 fehlgeschlagen. Auch wenn nach Umfragen im September 2005 die Zahl der Gegner des VVE deutlich zurückgegangen war, ist die Wirkung der im Januar 2006 erhobenen außerordentlich distanzierteren Reaktion der Bevölkerung auf die Öffnung des irischen Arbeitsmarktes für Personen aus den neuen Mitgliedstaaten auf ein Referendum noch nicht abzuschätzen.

Im Hinblick auf den weiteren Fortgang ist die Besonderheit zu erwähnen, dass die Regierung bei Kampagnen für oder gegen ein Referendum keine öffentlichen Mittel aufwenden darf, es insoweit den gesellschaftlichen Kräften obliegt, in dieser Hinsicht aktiv zu werden.

## **6. Polen**

Nach Ansicht der polnischen Regierung sollte die Debatte nur dann wieder aufgenommen werden, wenn die Mitgliedstaaten sich einig seien, welcher institutionelle Aufbau für die EU angemessen ist. Auch das Parlament, das Anfang Juli 2005 den Referendumsprozess ausgesetzt hat, hält sich alle Optionen offen, wobei jedoch eine Änderung des Verfassungstextes für erforderlich angesehen wird. Insgesamt kann somit davon gesprochen werden, dass von beiden Institutionen noch keine Festlegung auf eine klare Linie erfolgt ist. Die meisten polnischen Parteien sehen ebenfalls keine Notwendigkeit zu einem raschen Vorgehen.

Demgegenüber haben die Führung der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PIS) und Staatspräsident Kaczynski den jetzigen Vertrag für tot erklärt. Der Staatspräsident hat nicht nur die Schaffung eines europäischen Außenministers und eines europäischen diplomatischen Dienstes als verfrüht bezeichnet und für eine neue, weniger zentralistische Verfassung plädiert, sondern auch verdeutlicht, dass die Stimmgewichtung im Rat gegenüber dem Nizza-Vertrag für Polen ungünstiger ausfalle.

Nach den verfügbaren Umfragen hat sich zwischenzeitlich auch das Meinungsbild in Polen verändert. War ursprünglich eine respektable Mehrheit für den VVE zu erwarten, hat sich nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden das Verhältnis von Ja- und Neinstimmen sehr stark angenähert.

## **7. Portugal**

Nach Ansicht der portugiesischen Regierung sollten die 25 Mitgliedstaaten eine gemeinsame Entscheidung über den Ratifikationsprozess treffen und die Annahme der Verfassung nicht an den Ablehnungen in Frankreich und den Niederlanden festmachen. Derzeit orientiert sich Portugal an den Ergebnissen des Europäischen Rats vom Juni 2005, der eine Anpassung des Zeitplans für die Ratifizierung für gerechtfertigt hält und eine Reflexionsphase beschlossen hat. Dabei macht die Regierung für die landesweite Diskussion, die sich weniger auf die institutionellen Aspekte als eher auf die Vorteile der EU konzentrieren soll, jedoch keine inhaltlichen Vorgaben und lässt keine bestimmten Präferenzen erkennen. Für den Fall, dass der Europäische Rat die Fortsetzung des Ratifikationsprozesses beschließen sollte, sprachen sich der Außenminister und Premierminister José Sócrates nachdrücklich für ein europaweites Referendum am gleichen Tag aus, um zu erreichen, dass nicht über die Innenpolitik der jeweiligen Länder abgestimmt werde. Zwar ist der VVE für Portugal als Gesamtkompromiss akzeptabel, es bestehen jedoch erhebliche Zweifel, ob er ohne in-

haltliche Änderungen erhalten werden kann. Für diesen Fall plädiert der Außenminister für einen neuen, kürzeren Text, ohne lediglich einzelne Teile aus dem Vertrag herauszunehmen.

Inzwischen ist die Debatte um die Verfassung von der politischen Agenda in Portugal verschwunden. Falls ein EU-Referendum stattfinden sollte, rechnet die Regierung mit einem positiven Votum in Portugal. Sie warnt angesichts der zurückgegangenen Zustimmungsrates jedoch vor unangebrachtem Optimismus.

In Portugal sehen die Gegner der Verfassung die Ursachen der Ablehnung darin, dass die EU-Bürger die föderalistische Idee der EU ablehnen und eine intergouvernementale Lösung bevorzugen. Kommentatoren betrachten die konstitutionelle Krise sehr pessimistisch. Die französischen und niederländischen Wähler seien anscheinend der Ansicht, dass die EU weniger Integration aber mehr Protektionismus brauche, um die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Die doppelte Ablehnung zeige deutlich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den EU-Politiken, die keine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung bieten würden. Die meisten Kommentatoren stimmen jedoch darin überein, dass die konstitutionelle Krise die Bedingungen für eine wirkliche Debatte über die Zukunft Europas und konkret über den Inhalt der existierenden Politiken geschaffen habe.

## **8. Schweden**

Nachdem die Regierung die Aussetzung des parlamentarischen Ratifikationsprozesses beschlossen hat, ist davon auszugehen, dass angesichts des Streits über die Abhaltung eines Referendums, der nach allgemeiner Auffassung aus dem Wahlkampf heraus gehalten werden soll, keine Diskussion über den VVE bis nach den Parlamentswahlen stattfinden wird. Seitens der Grünen und der Linkspartei, die die Minderheitsregierung unterstützen, wird nicht nur ein Referendum befürwortet, die Linkspartei hat auch damit gedroht, die Unterstützung zu entziehen, sollte der parlamentarische Ratifikationsprozess fortgesetzt werden.

Insgesamt herrscht Unstimmigkeit darüber, wie Schweden in Bezug auf den VVE verfahren soll. Aus Sicht der schwedischen Minderheitsregierung ist der VVE noch nicht „tot“, die starke bürgerliche Opposition argumentiert hingegen, dass eine weitere Diskussion sinnlos sei.

## **9. Tschechische Republik**

Die Diskussion über den Umgang mit dem VVE steht wegen der im Juni anstehenden Parlamentswahlen nicht im Vordergrund. Die Entscheidung darüber, ob ein Referendum stattfinden soll, auf das sich alle Parteien im Grundsatz, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, geeinigt hatten, ist wegen des Streits über die Modalitäten noch nicht gefällt worden.

Auch die gemeinsame Einigung auf die Phase der Reflexion basiert auf unterschiedlichen Interessen. Für Premierminister Jirí Paroubek, dessen Regierung grundsätzlich für den VVE eintritt, ohne sich allerdings auf Details festlegen zu wollen, erlaubt die Phase der Reflexion eine Verlängerung des Ratifikationsprozesses. Für die Bürgerlichen Demokraten (ODS), die zusammen mit den Kommunisten einen europakritischen Kurs verfolgen, ist die Phase der Reflexion hingegen die Zeit vor dem endgültigen „Begräbnis“ der Verfassung. Staatspräsident Klaus, ehemaliger Vorsitzender

der Bürgerlichen Demokraten, hat sich dafür ausgesprochen, eine völlig neue Verfassung zu entwerfen, wobei er insbesondere zur Abwehr der von ihm gesehenen Tendenz zur Vereinheitlichung hervorgehoben hat, dass jedes Land in diesem Europa seine Eigenart beibehalten können müsse.

In der Bevölkerung hat die zunächst sehr hohe Zustimmung zum VVE abgenommen. Die Zustimmung zur EU allgemein ist relativ niedrig. Im Juli 2005 war die tschechische Bevölkerung uneins über die weitere Vorgehensweise: 25% wollten den Ratifikationsprozess fortsetzen, 40% stimmten für die Aussetzung des Prozesses und die Erläuterung der Vorteile des Vertrages, und 35% befürworteten die Beendigung des Prozesses.

### **C. Die möglichen kritischen Inhalte der EU-Verfassung, die aus Sicht der Landesregierung einer notwendigen Zustimmung entgegenstehen.**

Bundestag und Bundesrat haben dem Verfassungsvertrag zugestimmt. Wegen der anhängigen Verfassungsklage ist aber eine Hinterlegung der Urkunde bisher nicht erfolgt.

Aus Sicht der Landesregierung sichert der VVE sowohl die Handlungs- und Funktions- als auch die Entwicklungsfähigkeit der Europäischen Union. Sie ist sich mit der Ministerpräsidentenkonferenz einig, „dass in dem vorliegenden Verfassungsdokument die Voraussetzungen für ein vereintes Europa der Staaten und Bürger geschaffen wurden, welches die grundlegende politische und verfassungsrechtliche Struktur der Mitgliedstaaten einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung achtet.“ Darüber hinaus wurden die für die Länder weiterhin wesentlichen Anliegen wie z.B. das Frühwarnsystem bei der Subsidiaritätskontrolle oder die Klagerechte erreicht. Aus schleswig-holsteinischer Sicht ist besonders zu begrüßen, dass die Minderheitenrechte Eingang in den Verfassungsvertrag gefunden haben. Aus diesen Gründen hat die Landesregierung im Bundesrat der Ratifikation des VVE zugestimmt.

Der Verfassungsvertrag muss sowohl inhaltlich wie auch in seiner Entstehungsgeschichte in seiner Gesamtheit bewertet werden. Er ist der erste europäische Vertrag, der durch einen Konvent mit maßgeblicher Beteiligung von Parlamentariern der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments formuliert wurde. Überdies stellt er einen konstruktiven und funktionsfähigen Kompromiss für 25 europäische Staaten dar, der auch geeignet ist, die Transparenz und Bürgernähe der EU zu verbessern und damit den europäischen Prozess neu zu beleben.

Die Landesregierung sieht keinen Anlass, von ihrer Position abzurücken. Sie wird insbesondere weiterhin darauf hinweisen, dass eine Diskussion über einzelne Regelungen diesen Gesamtzusammenhang nicht verwischen darf.

## **D. Möglichkeiten und Instrumente, den Inhalt der EU-Verfassung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern**

Die Landesregierung wird in diesem Zusammenhang wie in der Vergangenheit eine breite politische Diskussion über die Bedeutung der europäischen Integration insbesondere für Schleswig-Holstein unterstützen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass reine Kommunikationsstrategien und Informationskampagnen ins Leere laufen, solange sie sich letztlich als allein werbendes Element verstehen und die inhaltliche Kritik an der EU-Politik ausblenden.

Das Ziel einer stärkeren Verankerung der europäischen Idee und vor allem der Nutzung europäischer Chancen und Handlungsmöglichkeiten kann nur auf regionaler und lokaler Ebene durch die Konkretisierung und Gestaltung europäischer Bezüge und Handlungsmöglichkeiten erreicht werden. In Schleswig-Holstein geschieht dies auf konkreten Politikfeldern wie dem Ausbau der Ostseekooperation oder durch Maßnahmen zur Verbesserung der Europafähigkeit (vgl. dazu die ausführliche Darstellung im Europabericht der Landesregierung 2006, Landtags-Drs. 16/641).

Entsprechende Stellungnahmen insbesondere zu Maßnahmen der Europäischen Kommission hat der Bundesrat auch mit den Stimmen Schleswig-Holsteins beschlossen, zuletzt zum „Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ (Bundesrat-Drs. 910/05 vom 10.02.06). Darin begrüßt der Bundesrat den Plan D der Kommission. Als besonders positive Elemente hebt der Bundesrat hervor

- das Angebot der Kommission, die Mitgliedstaaten bei der zielgruppenspezifischen Erarbeitung von Themen durch die Entsendung von Kommissionsmitgliedern und in finanzieller Hinsicht zu unterstützen,
- die im Plan D vorgesehene Einbeziehung der regionalen und kommunalen Volksvertretungen und die damit verbundene stärkere Regionalisierung,
- die Dezentralisierung der Kommunikationsarbeit und die damit verbundene Stärkung der Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten,
- dass der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten zeitgleich geführt wird und die anschließende Bündelung auf europäischer Ebene vorgesehen ist.

Zugleich fordert der Bundesrat in seiner Stellungnahme, dass der Plan D konkretere Umsetzungsschritte benennen müsse, um entscheidende neue Impulse geben zu können. U.a. verlangt der Bundesrat eine aktive Beteiligung der Kommission im Diskussionsprozess. Der Bundesrat erwartet ferner eine intensive Einbeziehung der Zivilgesellschaft, insbesondere auch kleinerer Vereine und Interessengruppen vor Ort. Damit zusammenhängend sollen auch Klein- und Kleinstprojekte (unter 5 000,- Euro) von der EU- Kommission unterstützt und gefördert werden. Ferner müssten die Rahmenbedingungen der Förderung von Öffentlichkeits- und Kommunikationsvorhaben verlässlich gestaltet sein und die Mittelvergabe weniger bürokratisch und flexibler erfolgen. Sinnvolle Maßnahmen scheiterten oft weiterhin aufgrund der Haushalts- und Durchführungsverordnung der EU.

Weitere Stellungnahmen der Länder sind in Vorbereitung.

## **E. Vorbereitungen - sofern erkennbar - Deutschlands bezüglich der Verfassung auf das Jahr 2007 und die bevorstehende EU-Präsidentschaft.**

Die Landesregierung teilt die eindeutige Unterstützung des Verfassungsvertrags durch die Bundesregierung, wie sie u.a. im Koalitionsvertrag zum Ausdruck gekommen ist:

„Wir stehen zum Europäischen Verfassungsvertrag. Er beinhaltet wichtige Fortschritte für ein werteorientiertes und sozial gerechtes Europa, für mehr Bürgerrechte, für eine bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten, für den Abbau von Überregulierung und Bürokratie und für eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente. Dies macht die Europäische Union demokratischer, handlungsfähiger, effizienter und transparenter. Deshalb treten wir dafür ein, die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags über das erste Halbjahr 2006 hinaus fortzuführen und unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 neue Anstöße zu geben.“

Diese Position wird auch durch das Ergebnis der Klausur des Bundeskabinetts im Genshagen vom 11.01.2006 bestätigt, in der festgestellt wurde:

“Wir wollen in Europa ein günstiges politisches Klima schaffen, das es ermöglicht, unter deutscher Ratspräsidentschaft neue Anstöße für einen erfolgreichen Abschluss des Verfassungsprozesses zu geben.“

Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 15./16. Dezember 2005 festgestellt:

„Der Europäische Rat wird das Thema im ersten Halbjahr 2006 unter österreichischem Vorsitz erneut erörtern und sich dabei auf die vorbereitenden Arbeiten des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) stützen.“

Seitens der österreichischen Ratspräsidentschaft ist eine Intensivierung der Debatte geplant, die auch Beiträge zur „Zukunftsdebatte“ und eine Aktivierung der Debatte in den Mitgliedstaaten umfassen soll. Beim Blaesheim-Treffen der deutschen und der französischen Regierung am 23. Januar dieses Jahres ist vereinbart worden, den europäischen Integrationsprozess durch konkrete Projekte neu zu beleben. Vor dem Hintergrund der laufenden Debatte mit einer Vielzahl von Vorschlägen und Anregungen, die jeweils auch Ausdruck bestimmter Interessenlagen sind, kann im Hinblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft derzeit keine abschließende Ausrichtung erwartet werden.